

Keine Steuergeschenke à la Trump für Grosskonzerne in Bern



Gegen Abbau: jetzt 2x unterschreiben

Der Grosse Rat hält am sturen Abbaukurs fest. Gegen die Steuergeschenke an Unternehmen unterstützt der VPOD das Referendum und gegen den Abbau bei der Sozialhilfe den Volksvorschlag. Bitte auf dem beigelegten Unterschriftenbogen zwei Mal unterschreiben und diesen sofort zurückschicken (siehe auch Beilage).

HV des VPOD im Kompetenzzentrum Arbeit

Am 29. Mai sind alle Mitglieder von VPOD Kanton und Bund herzlich zur Hauptversammlung mit Führung durch das Kompetenzzentrum Arbeit in der Lorraine und gemütlichem Apéro eingeladen (siehe Beilage).

Kita-Betreuungsgutscheine

2019 werden im Kanton Bern Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung eingeführt. Der VPOD wirkt mit bei der Ausgestaltung.

Meret Schindler kommt, Bettina Dauwalder geht

Personalwechsel im VPOD: Dieser *standpunkt* bringt Stimmen und Bilder zum 20-jährige Engagement von Bettina Dauwalder als VPOD-Gewerkschaftssekretärin für den Gesundheitsbereich und ein Interview mit ihrer Nachfolgerin Meret Schindler.

Vereinbarkeit

Der VPOD Bund startet eine Kampagne: Die Bundesverwaltung soll Vorbild werden bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

2

4,5

7

Kita-Betreuungsgutscheine werden im Kanton Bern per 2019 eingeführt

Höhere Elterntarife oder mehr Druck auf das Personal?

Der Kanton Bern wird Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung einführen. Das Gutscheinsystem orientiert sich stark am Modell, das die Stadt Bern anwendet. Im kantonalen Gutscheinsystem werden einige Schwächen korrigiert, andere Neuerungen sind jedoch aus Sicht des VPOD problematisch.

Der Kanton hat bisher nur eine beschränkte Anzahl Kita-Plätze subventioniert. Nun will der Kanton allen Eltern, die anspruchsberechtigt sind, einen Gutschein ausstellen. Der Gutschein kann in der Kita der Wahl eingelöst werden. Der Kanton erhofft sich davon ein Ausbau der Kitaplätze und kürzere Wartelisten.

Betreuungspensum frei wählbar

Im Unterschied zum Stadtberner Modell ist das Betreuungspensum frei wählbar. Anspruch auf einen Gutschein haben Alleinerziehenden ab einem 20%-Pensum, Paarhaushalte ab einem 120%-Pensum. Die Entkoppelung von Arbeitszeit und Betreuungspensum lässt Eltern mit flexiblen oder überlappenden Arbeitszeiten Spielraum. Gleichzeitig wird der administrative Aufwand der Gemeinden verringert. Eltern werden auch im neuen System im Durchschnitt ein Drittel der Betreuungskosten selbst bezahlen, dadurch reguliert sich die Höhe des Betreuungspensums wirksam.

Ausbildungs- und Risikopauschalen fallen weg

Der Regierungsrat möchte den Systemwechsel möglichst kostenneutral umsetzen. Dazu gehört der bereits geltende tiefere Betreuungsschlüssel für Kinder im Kindergartenalter. Zusätzlich sollen auch die Ausbildungs- und Risikopauschale wegfallen. Bisher bekamen Betriebe bei einer Auslastung der Kita-Plätze über 95%

die volle Abgeltung pro Platz. Nun müssen sie entweder eine Auslastung von 100% anstreben, was zu einer Mehrbelastung des Personals führt, oder die Minderauslastung auf die Elterntarife schlagen. Wer Lernende Fachfrau/Fachmann Betreuung ausbildet, bekam bisher eine Abgeltung von 5'500 Franken für drei Lehrjahre. Wer weiterhin seine Ausbildungsverantwortung wahrnimmt, muss die Zusatzaufwände auf die Elterntarife schlagen. Wer nicht ausbildet oder statt Lernenden Praktikantinnen und Praktikanten beschäftigt, kann seine Preise tief halten. Das ist ein Fehlanreiz, der korrigiert werden muss.

Das Gutscheinsystem wird in der revidierten ASIV-Verordnung



(Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration) geregelt, die Anfang Juni in die Konsultation geht. Der VPOD wird sich zu den erwähnten Punkten kritisch äussern (siehe Einladung letzte Seite).

Angela Zihler

Höhere Gehaltsklasse für die Lehrpersonen der Primar- und Eingangsstufe?

Bst. Die Erziehungsdirektion schlägt mit der Änderung der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte per 1.8.2019 eine Anpassung vor: Die Löhne der Primar- und Eingangsstufe sollen um eine Gehaltsklasse (GK) von GK 6 auf GK 7 erhöht werden. In der Eingangsstufe wäre dies eine Erhöhung von CHF 248.80 monatlich. Damit würde eine wichtige Erkenntnis aus dem interkantonalen Vergleich von 2017 umgesetzt: Der Kanton hinkt auf dieser Stufe anderen Kantonen am weitesten hinten nach.

Dringend ist diese Änderung auch für die MusikschullehrerInnen. Mit GK 6 wird der Hochschulabschluss, viele haben auch ein Konzertdiplom, nicht adäquat abgebildet. Kleine Teilpensen an verschiedenen Schulen und reduzierte Anstellungen für freiberufliche Konzerttätigkeiten führen für viele MusikschullehrerInnen zu prekären Lohneinkünften.

Sek I und Berufsschulen müssen warten: Die Anpassung auf Primar- und Eingangsstufe wäre vorerst die einzige Massnahme aus dem interkantonalen Vergleich, die umgesetzt würde. Notwendige Korrekturen auf Stufe Sek I und den Berufsschulen bleiben, angesichts der kantonalen Finanzen, Wunschdenken.

Die vorgeschlagene Massnahme hat Mehrkosten von CHF 16 Mio. pro Jahr zur Folge. Der Regierungsrat entscheidet im Mai über die Umsetzung dieser dringenden Lohnkorrektur.

Unsere Vernehmlassung zur Verordnungsänderung ist auf bern.vpod.ch/themen/bildung

Armut statt Arme bekämpfen

Das revidierte Sozialhilfegesetz will bei den Ärmsten sparen. Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» stellt dem einen Volksvorschlag entgegen. Der Volksvorschlag will eine Sozialhilfe, die sich an den SKOS-Richtlinien orientiert, Stellensuchende durch Bildungsangebote qualifiziert und über 55-jährige bei einem Arbeitsverlust respektvoll behandelt.

In der Märzsession beschloss der Grosse Rat nach langem hin und her eine Revision des Sozialhilfegesetzes. Dieses sieht eine generelle Kürzung des Grundbedarfes von acht Prozent, bei manchen Personengruppen sogar bis zu 30% vor. Ein breites Bündnis von Verbänden, Parteien und Vereinen setzt diesem Abbauvorhaben

einen Volksvorschlag gegenüber. Der VPOD hat sich dem Komitee «Wirksame Sozialhilfe» angeschlossen (siehe Unterschriftenbogen).

Kinder und Jugendliche betroffen

Die generelle Kürzung des Grundbedarfs trifft Kinder und Jugendliche stark, machen sie doch einen Drittel der Sozialhilfebeziehenden aus. Ein grosser Teil davon lebt bei einem Elternteil, der aufgrund der Betreuungspflichten über einen längeren Zeitraum schichtweg nicht in der Lage ist, genügend Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Von Armut betroffen sind häufig auch niedrig qualifizierte Erwachsene. Hier soll laut dem Volksvorschlag der Staat Angebote entwickeln, um die Grund-

kompetenzen zu fördern und diese Personen so beruflich weiter zu qualifizieren.

Besserstellung von älteren Langzeitarbeitslosen

Wer mit über 55 seinen Job verliert, hat zunehmend Mühe, wieder eine Stelle zu finden. Statt ältere Menschen nach zwei Jahren Stellensuche auszusteuern, sollen diese dank dem Volksvorschlag unter bestimmten Bedingungen Ergänzungsleistungen erhalten. Wer mindestens 20 Jahre lang gearbeitet hat, beim RAV angemeldet bleibt und bereit ist, eine zumutbare neue Stelle anzunehmen, soll von dieser Regelung profitieren.

Angela Zihler

Referendum gegen die Senkung der Gewinnsteuer ist gestartet!

Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne

68,4% der Berner Stimmbewölkerung haben 2017 Nein gesagt zur Unternehmenssteuerreform III. Regierungs- und Grossrat füttern sich darum und wollen die Gewinnsteuern im Kanton senken: Die Zeche sollen Mittelstand, Gemeinden und KMU bezahlen.

Geht es nach der Meinung des Grossen Rates, soll der Kanton Bern im fatalen Wettbewerb um die tiefsten Steuern für Grosskonzerne mitmachen und die Gewinnsteuern auf schweizerisches Mittelmass senken. Der Kanton, die Gemeinden und die Kirchgemeinden würden 161 Millionen Franken an Steuereinnahmen verlieren. Bei den Gemeinden würden nicht nur grössere und mittlere wie Bern (-15 Mio.), Biel (-6.2 Mio.) oder

Lyss (-1.1 Mio.), sondern auch kleine Gemeinden wie Lauterbrunnen (-256'554, bei einem Steuersatz von 1.99!) verlieren. Steuererhöhungen werden unumgänglich sein!

Nein zur unsozialen Finanzpolitik

Der Kanton würde CHF 103 Mio. an Steuereinnahmen verlieren. Das kann er sich nicht leisten. Die Folgen: Noch mehr Abbau bei Bildung, Spitex, Behinderten- und Sozialbereich und der Gesundheit.

Grosse gewinnen – Kleine verlieren

Profitieren würden von der Senkung der Gewinnsteuern nur die grossen Unternehmen. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und wir, die privaten SteuerzahlerInnen müssten den Preis mit

Leistungsabbau bezahlen. Und dies, obwohl wir rund 90% des gesamten Steuervolumens bezahlen! Die Angst, die geschürt wird, dass alle grossen Unternehmen wegziehen würden, ist falsch. Schon heute kann der Kanton Steuerabkommen (Steuerrulings) mit den Firmen vereinbaren und sie damit steuerlich entlasten.

Unterstützt das Referendum

Bitte unterschreibt die beigelegte Karte und schickt sie an uns zurück! Weitere Unterschriftenbogen könnt ihr im Sekretariat bestellen oder unter www.keine-steuergeschenke.ch herunterladen. Dort findet ihr auch ein ausführliches Argumentarium.

Béatrice Stucki

Pas de cadeaux fiscaux
à la Trump
pour les grandes entreprises



Ciao e Grazie Bettina



2001: Nach dem Pflegestreik



2006: 1. Mai



2015: Aktion gute Psychiatrie

Dankbar schaue ich auf eine «VPODWegreise» mit dir, Bettina, zurück. Vor bald 20 Jahren konntest du mich von Anfang an begeistern und mitreissen im Kampf um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen und den Anliegen und Forderungen der Frauen. Ich lernte vor ein grösseres Publikum hinzustehen, meine Meinung zu Abbau und Lohngerechtigkeit laut kundzutun, argumentieren um Unterschriften zu sammeln, KollegInnen zu mobilisieren für Aktionen – dank dir, Bettina. Peter Berger, mein VPOD Vorstandskollege, beschreibt die Wirkung deiner Arbeit so «*Bettina, du hast uns immer bedingungslos unterstützt. Für die Schwächeren, für die psychisch Kranken, für eine gute (Sozial-) Psychiatrie, und vor allem für gute Arbeitsbedingungen, welche eine gute Arbeit ermöglichen. Du hattest immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen, ein gutes Gespür dafür, was machbar ist. Bettina, du konntest die Unzufriedenheit und die damit verbundene Energie der vielen MitarbeiterInnen in den zahlreichen Betrieben geschickt kanalisieren und immer das grösstmögliche Synergiepotential für Protestaktionen ausschöpfen. Bettina, du hast dem VPOD im Kanton Bern zu einem exzellenten Ruf verholfen*». Was zeichnet dich aus meiner Sicht aus? Dein Idealismus in der Arbeit um Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen

und gegen den sozialen Abbau, deine Energie, Begeisterungsfähigkeit und Kreativität, wenn es um Protestaktionen geht, jedoch vor allem auch dein Fachwissen, die klare direkte Sprache und Argumentation vermischt mit einer gewissen Diplomatie, welche dich bei Arbeitgebern im Gesundheitswesen und Politikern zu einer «gefürchteten» aber geschätzten Respektperson und Sozialpartnerin machte. Stephanie Dübi, Vorstandskollegin, meint dazu «*Zum Arbeitsabschied von KollegInnen sind ja immer gern Superlative, Lobhudeleien und Streicheleinheiten angesagt, aber bei Bettina ist das alles überhaupt nicht nötig. Wir wissen genau, dass die Arbeitsbedingungen für das Berner Personal im Spital- und Pflegebereich nie und nimmer die wären, die sie heute sind, wenn Bettina nicht so gekonnt und hartnäckig mitgewirkt hätte. So einfach und klar ist das – und deshalb so beeindruckend. Kompliment Bettina: das hast Du verdammt gut gemacht, Du wirst der Gewerkschaftsbewegung fehlen!*» Dir war die Zusammenarbeit mit den anderen Berufsverbänden im Gesundheitswesen wichtig. Dank dieser Bestrebungen ist der grösste GAV der Schweiz zustande gekommen – der GAV der Berner Spitäler und Kliniken gemeinsam mit SBK und VASO. Zu dieser Zusammenarbeit sagt Eric Grossenbacher, SBK: «*Ich habe Bettina in*

unserer Zusammenarbeit als enorm engagiert erlebt. Sie vertritt die Anliegen der Arbeitnehmer mit viel Herzblut, ihre Erfahrung und ihr Wissen über das Gesundheitswesen sind kaum zu ersetzen». Und Janine Junker, VSAO: «*Ich erinnere mich gerne an eine unserer letzten gemeinsamen Reisen. Mit dem Zug machten wir uns an einem grauen März-Tag auf den Weg in den Berner Jura zu einer Personalinformation zu den Fusionsplänen HJB und RSM. Sie scheute keinen Aufwand um für das Personal da zu sein und sich für deren Anliegen einzusetzen. Das Symbolbild des GAV nahm sie ernst – sie liess weder das Personal noch die anderen Verbände im Regen stehen und war immer für alle da. Es regnete im Jura – nach der Versammlung bot sie mir Schutz unter ihrem roten VPOD-Schirm. Den Schutz, die Unterstützung, die grosse Erfahrung und das Immer-Da-Sein für sämtliche Anliegen werde ich vermissen. Adieu und lasse es dir gut gehen, liebe Weggefährtin.*»

Cara amica, ich gönne dir nun etwas Ruhe, wenn du aus der aktiven Arbeitswelt wetrittst. Ich kann mir jedoch vorstellen, dass du genügend Ideen und Energie hast, auf anderer Art und Weise deinen Idealismus weiterzuleben – ci vedremo, Bettina e – Avanti donne.....

Karin Thomas, Präsidentin VPOD
Bern Kanton

Überlastung verhindern, Qualität sichern



Meret Schindler am Frauentag 2018 in Bern

Seit 1. Mai 2018 arbeitet Meret Schindler neu als Gewerkschaftssekretärin des VPOD. Sie übernimmt von Bettina Dauwalder die Verantwortung für den Bereich Spitäler und Kliniken im Kanton Bern. Standpunkt interviewte sie zu ihren gewerkschaftlichen Ideen und zu ihrer Erfahrung im Spitalwesen.

Du arbeitest seit sieben Jahren im Spital als dipl. Pflegefachfrau HF und als Berufsbildnerin und wirst nun Gewerkschaftssekretärin. Hast du die Nase voll von der Arbeit im Spital?

Nein, ganz und gar nicht. Hätte ich die Nase voll, hätte ich dem Gesundheitswesen den Rücken gekehrt. Das Spital, wie auch die Psychiatrie, sind ein spannendes Abbild der Gesellschaft. Hier liegen oder leben alle, denen das gewisse Etwas für die Selbständigkeit gerade fehlt, egal welcher Herkunft sie sind. Beim Personal sehe ich da viele Parallelen: Auch hier gibt es Menschen, die aus ganz unterschiedlichem Hintergrund

und verschiedenen Fachgebieten kommen. Solche, die sich um die Behandlung, Pflege, Betreuung, um die Psyche, die Organisation, das Essen für all diese PatientInnen kümmern müssen. Und das in Zeiten von Spardruck und Prozessoptimierung, in denen die Pflege absurderweise rentieren muss. Dass dies nicht zur Überlastung des Personals führt und die Qualität der geleisteten Arbeit nicht abhandenkommt, dafür möchte ich mich stark machen.

Wo drückt nach deiner Erfahrung der Schuh bei den Angestellten im Spitalbereich?

Die Zeit für die Arbeit mit Menschen geht verloren. Es gibt eine diffuse Verschiebung in Richtung Administration.

...und wo siehst du da deine Aufgabe als zukünftige VPOD-Sekretärin im Bereich Spitäler und Kliniken?

Pochen auf die Einhaltung des GAV und Lohnverhandlungen, die zu einem anständigen Ergebnis

führen, das sehe ich als wichtige Aufgaben. Und jetzt, zu Beginn, möchte ich den Angestellten das neue Lohnsystem näherbringen und sie bestärken, sich selbst für bessere Löhne einzusetzen – auch für den eigenen Lohn. Das Wichtigste sind die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sowie die Zufriedenheit der Angestellten. Dazu habe ich ein offenes Ohr bei Anfragen und bin natürlich auch in den Betrieben vor Ort, gerade dort, wo die Arbeitsgruppen sich gut etabliert haben und auch dort, wo sich neue konstituieren wollen.

Herzliche Gratulation zu deiner erfolgreichen Wiederwahl in den Grossen Rat. Kannst du als Grossrätin etwas tun für die Anliegen des VPOD und des Gesundheitspersonals?

Das hoffe ich doch sehr! Letztes Jahr haben im Konflikt um die Vertretung der Pflege-/MTT-Berufe in der Konzernleitung der Insel Gruppe nebst der Petition und den Verhandlungen auch die im Grossen Rat gestellten Fragen einen gewichtigen Beitrag geleistet, davon bin ich überzeugt. Gemeinsam haben wir gekämpft und damit hatten wir Erfolg: die Insel-Führung musste nachgeben. Gewerkschaftliches Handeln ist einfacher, wenn man auf unterschiedlichen Ebenen Einfluss nehmen oder aktiv werden kann.

Du bist gerade 32-jährig geworden: Wie ist es für dich in ein Team mit «alten» Gewerkschaftsroutiniers zu kommen?

Ich hoffe, einiges an Kniffen von meinen TeamkollegInnen zu lernen und das dann viele Jahre für den VPOD und das Personal einzusetzen zu können.

Interview: Christof Jakob

Wann wirkt der Fachkräfte-Schock?

In den nächsten Jahren wird der Mangel an Fachkräften in den medizinischen Berufen massiv zunehmen. An der Lohnfront ist von den Auswirkungen noch wenig zu merken. Aber das wird sich ändern. Fragt sich nur noch wann.

«Viele mittelgrosse Firmen drohen von der Pensionierungswelle überrascht zu werden», diagnostizierte Daniella Lützelschwab in der NZZ am Sonntag vom 15. April dieses Jahres. Lützelschwab ist Leiterin des Ressorts Arbeitsmarkt beim Schweizerischen Arbeitgeberverband und damit sicher eine unverdächtige Quelle. Im Gesundheitswesen werden aber nicht nur immer mehr Fachkräfte pensioniert, sondern die Zahl der betagten Menschen, die professionelle Hilfe brauchen, wird zunehmen – der Personalbedarf wird also steigen. Wir stellen aber fest, dass die Realität des Fachkräftemangels bei den Arbeitgebern in den Spitälern noch nicht angekommen ist. Wie ist es sonst zu erklären, dass die Lohnverhandlungen im GAV zu einem mageren Ergebnis geführt haben? Die Lohnsumme wird in den Regionalen Spitalzentren und den psychiatrischen Kliniken um 0,4%, in der Insel Gruppe um 0,7% erhöht. Ganz viele Beschäftigte werden keine Lohnerhöhung erhalten.

Fass ist voll

Nur die hohe Motivation der Angestellten verhindert im Moment noch den Exodus aus dieser Branche. Aber der Schock wird kommen! Die Zahl der offenen Stellen wird zunehmen, die Belastung in den ausgedünnten Teams wird steigen, die Berufsleute werden ihren Qualitätsanspruch nicht mehr halten können, unregelmässige Arbeitspläne werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr verunmöglichen. Da wird es nur noch eine heftige Grippepelle brauchen, um bei den Beschäftigten zu dem Unmut zu führen, den es braucht, um das Fass zum überlaufen zu bringen.

Flickwerk reicht nicht

Im Moment retten sich die Ar-



14. Juni 2006: Das Pflegepersonal wehrt sich für faire Löhne.

beitgeber noch mit Flickwerk: Mit ihren ausgeklügelten Marktlohnvergleichen eruieren sie Jahr für Jahr die dringendsten Rückstände bei den gesuchten Fachkräften und passen dort die Löhne an. Neue Angestellte werden zum Teil zu hoch eingereiht, weil sonst die Stelle nicht besetzt werden kann. Dadurch geraten die langjährigen, treuen Berufsleute mit ihrem Lohn je länger je mehr ins Hintertreffen. Die Spitäler werden ihre Lohnpolitik nicht mehr lange so fortsetzen können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Frauen zwar lange dem beruflichen Ethos verpflichtet sind, aber irgendwann reisst auch ihnen der Geduldsfaden. Dann ist mit ihnen zu rechnen und sie sind plötzlich auch bereit zu streiken. Dass eine Arbeitsniederlegung nützen kann, hat der Streik von 20'000 Angestellten im Jahr 2001 bewiesen: Er hat zu einer massiven Anpassung der Löhne bei den Fachkräften geführt.

Streikbewegung ist nötig

Der VPOD wird die Zeit nutzen müssen, um eine Lohnkampagne

auf die Beine zu stellen. Mit der Sensibilisierung der Beschäftigten haben wir begonnen, in dem wir in allen GAV Spitälern und Kliniken über das neue Lohnsystem informiert haben und aufgezeigt haben, wie die Löhne berechnet werden. Allerdings kann die Gewerkschaft nur das nötige Know-how zur Verfügung stellen – die Streikbewegung selber muss von den Beschäftigten kommen!

Liebe LeserInnen, das ist mein letzter Beitrag für die Mitgliederzeitung. Ich habe mit den Löhnen ein Thema aufgegriffen, das mir auch nach 20 Jahren immer noch am Herzen liegt. Löhne im Gesundheitswesen sind auch immer eine Frage der Lohngleichheit. Für mich ist gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ein Grundrecht und sollte selbstverständlich sein. Leider müssen wir weiterhin für diese Selbstverständlichkeit kämpfen. Dabei ist es wichtig, dass Frauen aufmüpfiger werden, lauter und sich zusammenschliessen. Ich hoffe, dass das gelingt und wünsche dem VPOD und unseren Mitgliedern den nötigen Biss und Durchhaltewillen!

Bettina Dauwalder

Jetzt Vereinbarkeit verbessern

Das Thema Vereinbarkeit wird für die Angestellten immer wichtiger. Der Bund handelt bisher zu zaghaft: Gemäss der neusten Personalbefragung macht er keine Fortschritte und ist schlechter als der «Benchmark» vergleichbarer Firmen. Der Vorstand des VPOD Bundespersonal hat Forderungen ausgearbeitet und setzt sich nun für deren schrittweise Umsetzung ein. Die Verbände der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal machen auch mit bei einer Kampagne: Denn die Bundesverwaltung soll eine Vorbildfunktion bei der Vereinbarkeit übernehmen!

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament will mit «Flexibilisierung» Home Office fördern. Bei Home Office sollen 17-Stunden-Arbeitstage und Sonntagsarbeit ermöglicht werden. Auch der VPOD setzt sich für flexible Arbeitsformen ein, aber nicht auf dem Buckel der Gesundheit.

Der VPOD schlägt folgende Massnahmen vor, um beim Bund die Vereinbarkeit zu verbessern:

Teilzeitarbeit

- Mitarbeitende haben Anspruch auf Reduktion Stellenprozente (Minimum: 60%)
- Stellenausschreibungen sind nie nur 100%
- Anspruch auf Rückkehr auf mehr Stellenprozente
- Abgebaute Stellenprozente und Ausfälle durch Urlaube werden wiederbesetzt (keine Mehrbelastung für Teams)

Mobile Arbeitsformen

- Anspruch auf 40% der Arbeitszeit als Home-Office für nicht ortsgebundene Aufgaben
- Arbeit auf dem Arbeitsweg ist Arbeitszeit

Betreuung und Pflege Angehöriger

Zusätzlicher ganzer oder teilweiser (z.B. 50%) Betreuungsurlaub von 4 Monaten (für Eltern oder pflegende Angehörige) mit «angemessener» Beteiligung des Arbeitgebers am Lohnausfall.

Impressum
Verband des Personal
öffentlicher Dienste
VPOD Bern Kanton und
VPOD Bern Bundespersonal
Redaktion: Christof Jakob
Gestaltung: Trans-Form
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG

Vereinbarkeit beim Bund heute

Heute gilt in der Bundesverwaltung Folgendes:

Teilzeitarbeit:

- Anspruch auf Reduktion um 20% nach der Geburt von Kindern (Minimum: 60%)
- Stellen werden «wenn möglich» 80-100% ausgeschrieben (oft nur 100%)
- Es gibt kein Anrecht, Stellen wieder aufzustocken
- Frei werdende Stellenprozente werden oft nicht besetzt
- Während Urlauben (z.B. Mutterschaft) müssen andere einspringen oder die Arbeit bleibt liegen

Mobile Arbeitsformen:

- Es besteht kein Anspruch darauf
- Arbeit auf dem Arbeitsweg kann ausnahmsweise als Arbeitszeit gelten

Betreuung und Pflege von Angehörigen:

- Bei Krankheit/Unfall bis 3 Tage bezahlter Urlaub
- Mutterschaftsurlaub 4 Monate
- Vaterschaftsurlaub 10 Tage
- Beiträge an familienergänzende Kinderbetreuung
- Höhere Familienzulage (insb.für das 1. Kind)

Anmeldung – Bestellung – Mitgliedschaft

Talon

Bestellungen und Anmeldungen auch an: info@vpodbern.ch

- Ich melde mich an für die Veranstaltung am 11. Juni: Einführung Betreuungsgutscheine
 - die Position des VPOD (für Kita-Angestellte, Siehe Seite 8)
- Ich bestelle weitere Unterschriftenbogen
 - _____ Zum Referendum Steuergesetz / Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe
 - _____ Zur kant. Initiative für fairen Wettbewerb
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-mail _____

Beruf _____

Arbeitsort _____

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Telefon 031 371 67 45, Fax 031 372 42 37, E-mail: info@vpodbern.ch

Veranstaltungen

29. Mai: HV VPOD Kanton und Bund im Kompetenzzentrum Arbeit

Einladung beigelegt.

Dienstag, 29. Mai: 18 Uhr Apéro, 18.45 Uhr, Führung Kompetenzzentrum Arbeit (KA), 19.45 Uhr Hauptversammlung VPOD Bern Kanton und Bund. KA, Lorrainestrasse 52, Bern.

11. Juni: Einführung Betreuungsgutscheine – die Position des VPOD

Das System der Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung soll ab 2019 eingeführt werden und der VPOD nimmt im Rahmen der Konsultation Stellung (siehe Seite 2). Der Abend bietet die Gelegenheit, das eigene Fachwissen einzubringen und die Position des VPOD zu diskutieren.

Montag, 11. Juni 2018, 19-21 Uhr, VPOD, Monbijoustrasse 61, 2. Stock, Bern

Der Abend richtet sich an VPOD-Mitglieder, die in den Kitas im Kanton Bern arbeiten. Ein kleiner Apéro steht bereit. Anmeldung erwünscht unter info@vpodbern.ch oder 031 371 67 45.

Die Teilnehmenden erhalten Unterlagen zur Vorbereitung.

14. Juni: Fairplay für Frauenlöhne – Lohngleichheit JETZT

Aktionstag am Tag des Frauenstreiks von 1991: Tour de Berne – Frauen klagen an.

Ball-Spiel in den Public Viewings zum Auftakt der Fussball-WM.

Nähere Informationen ab 14. Mai auf unserer Homepage! Wir freuen uns, wenn ihr euch den Tag reserviert, um bei den Aktionen mitzumachen!

22. September: Nationale Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung

Frauen verdienen immer noch fast einen Fünftel weniger als Männer. Jetzt reicht's! Es braucht systematische und griffige Lohnkontrollen, zwingende Anpassung diskriminierender Löhne und Sanktionen bei Verstössen! Auch gegen Sexismus und andere Formen der Frauendiskriminierung rufen Gewerkschaften und zahlreiche Frauenorganisationen «Auf nach Bern» an die Nationale Kundgebung am 22. September 2018 (Details folgen z.B. auf unserer Website und im nächsten *standpunkt*).

Mehr Infos auf www.bern.vpod.ch

Aktuell

■ Initiative für fairen Wettbewerb

cja. Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen untergraben den fairen Wettbewerb. Statt eigene Leistungen zu erbringen, geben viele Unternehmen einen gewonnenen Auftrag gegen eine finanzielle Abgeltung an andere Unternehmen weiter. Die kantonale Initiative der Gewerkschaften verlangt, dass Auftragnehmer Aufträge auch selber erledigen müssen. Für öffentliche Aufträge sollen ausserdem grundsätzlich Löhne gemäss Gesamtarbeitsvertrag gelten. Unterschriftenbogen und mehr Informationen auf www.fairerwettbewerb.ch.

■ VPOD-Frauenkonferenz

dau. Schluss mit Diskriminierung und Sexismus! Frauen in Aktion – Assez des inégalités et du sexisme: les femmes à l'offensive! Am 9./ 10. November 2018 (Freitag 10.30 – Samstagnachmittag) findet in Solothurn (Altes Spital) die 13. VPOD-Verbandskonferenz Frauen statt. Im Anschluss reisen

wir am Samstagmittag gemeinsam nach Olten, um am grossen Gewerkschaftsfest «100 Jahres Landesstreik» teilzunehmen. Wir haben genug vom Schnecken tempo bei der Gleichstellung und den leeren Versprechungen der Politik. Frauen haben immer noch tiefere Löhne und höhere Hürden auf dem Arbeitsmarkt. Sexuelle Belästigung oder Diskriminierungen aufgrund der familiären Situation sind weit verbreitet. In Spanien haben die Frauen am diesjährigen 8.März einen gewaltigen Frauenstreiktag durchgeführt und eine Mobilisierung losgetreten, von der wir uns inspirieren lassen wollen! Eine Vertreterin der spanischen 8.März-Koordination berichtet über das Warum und Wie und den unerwarteten Erfolg ihrer Aktionen. Dann schauen wir, wo bei uns in der Schweiz Frauen in Aktion waren, sind und sein werden.

Möchtest du als Delegierte an der Konferenz teilzunehmen? Melde dich bis spätestens 17. August auf dem Sekretariat!